

Protokoll der Diskussion zum Beitrag: Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem (Lepsius, M. Rainer)

Pross, Helge

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pross, H. (1969). Protokoll der Diskussion zum Beitrag: Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem (Lepsius, M. Rainer). In T. W. Adorno (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?: Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1968* (S. 214-217). Stuttgart: Ferdinand Enke. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-407059>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

PROTOKOLL DER DISKUSSION

(Diskussionsleiterin HELGE PROSS)

Die Diskussion wurde auf dem Podium mit Beiträgen von Günther Roth, Rainer Baum und Jürgen Seifert eröffnet. *Roth* ging von zwei Fragen aus: 1. Was bleibt an sinnvollen Forschungsansätzen, nachdem die umfassenden Theorien heuristisch versagten? 2. Welche Hilfen kann die politische Soziologie den partiellen Forschungen der Zeitgeschichte und der Politologie geben? Als wichtigste Möglichkeit hob er die Formulierung einer vergleichenden Typologie hervor, die in globalem Maßstab und unter Berücksichtigung der Vergangenheit das Spezifische demokratischer Herrschaftsformen bestimmt. Als nächster Schritt der Untersuchung hätte dann die ebenfalls vergleichende Untersuchung der Herrschaftselemente zu folgen. Dabei komme es vor allem auf die Erforschung persönlicher Herrschaftsapparate und ihrer Kombinationen, etwa der Verbindungen von politischer und ökonomischer Macht an.

Baum befaßte sich mit dem Verhältnis von politischer Demokratie und Modernität. In Anlehnung an Schumpeter betonte er, der Demokratie sei die strukturelle Fusion von zwei politischen Funktionen eigentümlich: der Legitimation politischer Autorität und der Interessenvertretung. Demokratische Legitimation bedeute, daß die Parteien beide Funktionen erfüllen, also sich durch Vertretung sozialer Interessen legitimieren. Als Merkmale politischer Modernität, an die Demokratie sich anpassen muß, wurden genannt: 1. die Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität durch internationale Abhängigkeiten; 2. die Einschränkung der innerpolitischen Entscheidungsfreiheit durch den Einfluß von Experten der Wirtschaft und der Verteidigung; 3. das Hervortreten allgemeiner Macht, das heißt der Befreiung politischer Macht von vorher vereinbarten und bis ins Detail spezifizierten Zwecken. Vor allem die zuletzt genannte Entwicklung verbessere die Chance der Demokratie, sich dem sozialen Wandel ohne revolutionäre oder andere Extremreaktionen zu adaptieren.

Seifert insistierte zunächst, der Demokratiebegriff bleibe abstrakt, solange man auf die Analyse der konkreten gesellschaftlichen Kräfte verzichte. Zu den Aufgaben der konkretisierenden Forschung gehöre die Untersuchung des Funk-

tionswandels demokratischer und liberaler Institutionen. Seifert skizzierte dazu die Hauptpositionen der gegenwärtigen Kontroverse über die Möglichkeit der Umbildung des liberalen zum sozialen Rechtsstaat. Heute werde vielfach geglaubt, die bestehenden politischen Einrichtungen seien zu Instrumenten der Manipulation umfunktioniert und böten nicht länger eine Chance zu demokratischer Reform.

Im Anschluß an die Stellungnahmen vom Podium leitete *Scheuch* die Diskussion im Plenum ein. Er unterstrich die Notwendigkeit, die Fragestellungen der Soziologie durch vergleichende und historische Forschungen zu erweitern und so über die Formulierung singulärer Sätze hinauszukommen. Im Hinblick auf die Problematik latenter und manifester Konflikte machte er an zwei Beispielen klar, daß strukturelle Gegensätze nur begrenzt in tagespolitischen Kontroversen zum Ausdruck kommen. Andererseits manifestierten sich in solchen Kontroversen aber auch Gegensätze der Einstellung zur Modernität. So träten etwa in der Auseinandersetzung über die Fluoridierung des Wassers in den USA oder über die Konfessionsschulen in der BRD grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Säkularisation oder Nichtsäkularisation der politischen Institutionen hervor.

Nach Auffassung von *Goriély* kamen in den bisherigen Debatten des Kongresses die Begriffe Klasse und Klassenkampf zu kurz. *Goriély* äußerte Zweifel an der Richtigkeit der These, derzufolge die Intelligenz die neue Freiheitsklasse sei. Im neunzehnten Jahrhundert hätte sie namentlich für den deutschen Nationalismus eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Auch wenn nicht länger die Tendenz dominiere, Demokratie zugunsten nationalstaatlicher Macht aufzugeben, müsse berücksichtigt werden, daß die Vorstellung einer „Bestimmung“ der Intelligenz für den demokratischen Klassenkampf Gefahren involviere. Möglich sei, daß damit eine neue autoritäre Phase eingeleitet werde.

Claessens verwies auf das Selbstverständnis der Soziologie als Enthüllungswissenschaft. Das verlange von ihr eine Neubestimmung der Interessen ihrer eigenen Repräsentanten und generell des deutschen Bildungsbürgertums.

Milič (Belgrad) drückte seine Enttäuschung über das Referat von Lepsius und über die bisherige Diskussion aus. Er vermisse sowohl eine ideengeschichtliche Analyse des Demokratiebegriffs als auch eine Untersuchung der realen Machtkonstellationen in den Perioden, die für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland entscheidend gewesen sind, etwa die Fronten im Jahr 1848. Welche Gruppen hätten sich damals für die Demokratie eingesetzt, welche sie dem „faulen Westen“ zugeteilt? Über der Erörterung von Forschungsansätzen sei die materiale Analyse der Sozialgeschichte der Demokratie in Deutschland zu stark vernachlässigt worden.

Hondrich griff Claessens Frage nach dem Zusammenhang von Interessen des Bildungsbürgertums und Demokratie auf. Die Ersetzung der Interdependenzthese durch die Indifferenzthese, die Leugnung struktureller Konflikte und die Übernahme pluralistischer Gesellschaftsbegriffe deutete er als bildungsbürgerliche Ideologie. Für das praktische Handeln lasse sie nur die Alternative, die bestehenden Institutionen zu reformieren. Die Entwicklung der Bundesrepublik ebenso wie Vorgänge in den Vereinigten Staaten, etwa die Nichtbewältigung des Negerproblems, hätten aber gezeigt, daß Veränderungen innerhalb des vorhandenen Institutionengefüges aussichtslos wären. Repräsentanten des Bildungsbürgertums, etwa die Professoren, könnten zwar Verbesserungen entwerfen, aber nicht realisieren. Deshalb tendierten sie zur systemimmanenten Veränderung oder zum Rückzug auf rein wissenschaftliche Positionen statt zur Veränderung von Demokratie selbst.

Krahl kritisierte das Referat von Lepsius, weil es einerseits konkrete Inhalte in formalisierte Modelle umgewandelt, andererseits mit Begriffen gearbeitet habe, die formell nicht hinreichend präzisiert worden seien. Letzteres gelte etwa für Formulierungen wie „struktureller Evolutionismus“ und „elitärer Revolutionismus“ in der Marxschen Theorie. Soweit sich überhaupt konkrete historische Bestimmungen gefunden hätten, seien sie reaktionär gewesen. Krahl sprach hier vom Lamentieren des Referenten über einen für Deutschland charakteristischen Mangel an nationaler Identität... An Seifert richtete er die Frage, ob und wie liberal-demokratische Rechtspositionen noch verteidigt werden könnten. Die liberalen politischen Organisationsformen des Bürgertums seien inzwischen in ein autoritäres Gesamtsystem integriert. Mit dem Schwinden der freien, also nicht oligopolistischen ökonomischen Konkurrenz hätten auch die alten Konzeptionen des Parlamentarismus ihre Substanz verloren. Deshalb sei es nötig, die verfassungsrechtlichen Normen selber zu verändern statt sie weiter zu verteidigen. Die Möglichkeit, liberale Koalitionen einzugehen, bestehe nicht mehr.

Roth wandte sich in seiner Erwiderung vor allem gegen die Tendenz, parlamentarische oder präsidentiale Demokratie, Nationalsozialismus und Stalinismus als gleichartige Phänomene zu behandeln. Die Leugnung der Unterschiede sei nicht nur wissenschaftlich problematisch, sondern führe auch zu falscher Wahl der politischen Mittel. Sofern die Studentenbewegung eine herrschaftsfreie Gesellschaft erstrebe und die Notwendigkeit von Herrschaft ignoriere, übergehe sie alle Grundannahmen der Soziologie. Auf dieser Basis sei keine Verständigung möglich.

Seifert formulierte ebenfalls eine Auffassung der Soziologie als Wissenschaft von Herrschaft. Die Erforschung von Abhängigkeitsverhältnissen sei die fundamentale Aufgabe einer praktischen Disziplin. Gegen seine Kritiker wiederholte er, die heutigen demokratischen Institutionen gewährten immer

noch ein beträchtliches Maß an Freiheit. Andererseits wäre aber auch klar, daß sie einen großen Teil der Konflikte, die aus dem sozialen Wandel resultieren, nicht mehr bewältigen könnten.

Lepsius betonte im Schlußwort noch einmal, daß es ihm nicht darum gegangen sei, Bekenntnisse abzulegen oder Meinungen über die Lage der Bundesrepublik im Jahr 1968 vorzutragen. Im einzelnen ging er auf verschiedene Mißverständnisse ein. Es sei nicht, wie gelegentlich unterstellt, gesagt worden, die Sozialstruktur wäre irrelevant für die politischen Formen, oder zwischen beiden bestünde eine totale Indifferenz. Vielmehr ginge es um die Frage, welcher Art die Zusammenhänge von Demokratie und Sozialstruktur wären, mit welchen Methoden sie ermittelt und wie die Kenntnisse dann in ein Programm umgesetzt werden könnten. *Lepsius* bedauerte, daß die bloße Benennung solcher Probleme den Vorwurf reaktionärer Gesinnung provoziere. Er habe auch nicht einen Mangel an nationaler Identifikation beklagt, sondern lediglich die Sonderstellung Deutschlands bezeichnet, in der zwei verschiedene: eine ethnische und eine politische nationale Identität angesonnen worden wären. Dadurch habe die deutsche Innenpolitik ernstere Konsequenzen für die Außenpolitik und damit für andere Länder gehabt. Gegen den Einwand, es habe, anders als von ihm vorgetragen, nicht nur ex post-Analysen etwa des Faschismus gegeben, machte er geltend, daß die frühen Arbeiten ungeachtet ihrer Qualität keine zureichenden Erklärungen boten. So habe z. B. Geigers These der Affinität von Nationalsozialismus und Mittelstand die Reaktion des katholischen Bürgertums nicht erklärt. Gerade die Beschäftigung mit den vorfaschistischen Faschismustheorien zeige, wie nötig es sei, die theoretischen Ansätze zu verbessern. Alles andere wäre Selbstvernebelung, die zu wissen vorgebe, was man in Wahrheit nicht wisse. Im übrigen werde der Fortschritt der soziologischen Forschung heute durch die Weigerung erschwert, überkommene Begriffe zur Diskussion zu stellen. Mit *Milič* stimme er überein, daß die Kategorienreflexion nicht genüge, sondern durch die ideengeschichtliche Analyse des Demokratiebegriffs und die Untersuchung der sozialen Einheiten in der demokratischen Bewegung erweitert werden müßte. Es mangle keineswegs an Problemstellungen dieser Art, wohl aber an konkreter empirischer Forschung. Ebenso an der Bereitschaft, Konzepte und theoretische Definitionen in Frage zu stellen, um die Forschung fruchtbar zu machen.